



Forum VII: Integrationsland Deutschland. Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth, und Fraktionsvize Wolfgang Bosbach MdB.

Forum VII „Integrationsland Deutschland“

Integration ist eine politische Schlüsselaufgabe. Die Herausforderungen sind groß: Knapp sieben Millionen Ausländer leben in Deutschland. Mehr als 15 Millionen Menschen besitzen einen Migrationshintergrund.

In das Grundsatzprogramm der CDU soll unter der Überschrift „Integrationsland Deutschland“ ein eigenes Kapitel über Zuwanderung und Integration eingefügt werden. In Hanau drängelten sich die Teilnehmer im Saal, um mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, und mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, zu diskutieren. Moderatorin des Forums war Frankfurts Oberbürgermeisterin, Petra Roth. Frankfurt am Main kann bereits auf ein halbes Jahrhundert Integrationsarbeit zurückblicken: 1955 wurden dort die ersten Gastarbeiter empfangen.

Maria Böhmer wies in der Diskussion auf die Bedeutung von Sprache und Bildung hin. Für eine gelingende Integration sei es entscheidend, dass in Zuwandererfamilien deutsch gesprochen werde, so die Staatsministerin. Gerade Mütter müssten Deutsch lernen, um sich vielfach aus ihrer Isolation zu befreien. Fördern und Fordern sollten Hand in Hand gehen. „Wir müssen Angebote machen, aber wir brauchen auch die Bereitschaft der Migranten zur Integration“, sagte Böhmer. Nur so sei ein soziales und kulturelles Miteinander möglich, von dem alle profitieren.

„Integration findet nicht im Bundesgesetzblatt statt“, ergänzte Wolfgang Bosbach. Deshalb habe die Union im neuen Zuwanderungsrecht durchgesetzt, dass Ehegatten von Ausländern in Zukunft vor ihrem Nachzug nach Deutschland über einfache Deutschkenntnisse verfügen müssen. So werde das Zuwanderungsgesetz zu einem Integrationsinstrument. Klare und nachvollziehbare Anforderungen stellten kein Hindernis, sondern die Grundlage für Integration dar.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass Menschen, die nach Deutschland kommen und weder Deutsch sprechen noch die Kultur kennen, kaum Chancen hätten. Sie fühlten sich häufig ausgegrenzt und seien oft auch familiärer Gewalt ausgeliefert. Daher seien mehr Anstrengungen zur Integration dieser Menschen unverzichtbar. Auch in der Integrationspolitik werde sich das Konzept des Forderns und Förderns als wirkungsvoll erweisen.